

Kleine Anfrage Henri-Charles Beuchat (SVP): Streit um rassistische Symbolik im öffentlichen Raum "Zunft zum Mohren"

Der Berner Gemeinderat will die Inventarisierung des rassistischen im öffentlichen Raum. Bei den Darstellungen ist höchst umstritten ob diese rassistisch sind. Die Symbole im öffentlichen Raum müssen im historischen Kontext betrachtet werden. Dabei ist festzuhalten, dass anders als später in der Neuzeit, Hautfarben im Mittelalter nicht an eine „Rasse“ oder eine bestimmte Volksgruppe gebunden war. „Schwarz“ ist also beispielsweise nicht gleich Afrika.

Der Gemeinderat will einer geeigneten Institution den Auftrag geben zur Inventarisierung des rassistischen im öffentlichen Raum.

Wie den Kommentarspalten von Bund und Berner Zeitung zu entnehmen ist, empfindet eine Mehrzahl der Leser die Inventarisierung als Geldverschwendung.

In diesem Zusammenhang bitte ich den Gemeinderat folgende Fragen zu beantworten:

1. Wie viel darf nach Ansicht des Gemeinderates eine Inventarisierung kosten?
2. Kann sich der Gemeinderat vorstellen mit der Inventarisierung eine Fachhochschule/Universität zu beauftragen und das Inventar als kostenneutrale Studien-oder Masterarbeit umzusetzen?

Bern, 27. April 2017

Erstunterzeichnende: Henri-Charles Beuchat

Mitunterzeichnende: Alexander Feuz, Kurt Rügsegger, Daniel Lehmann, Ueli Jaisli, Stefan Hofer

Antwort des Gemeinderats

Der Gemeinderat teilt die Ansicht der Unterzeichnenden, dass bei der Interpretation, ob Darstellungen möglicherweise rassistisch sind, der historische Kontext berücksichtigt werden muss. Es geht dem Gemeinderat bei der Inventarisierung um die historische Aufarbeitung, die Information und Sensibilisierung.

Zu Frage 1:

Der Gemeinderat geht von Kosten in der Grössenordnung von Fr. 20 000.00 bis Fr. 30 000.00 aus. Es werden Offerten von verschiedenen Organisationen eingeholt.

Zu Frage 2:

Der Gemeinderat kann sich vorstellen, eine Fachhochschule oder Universität zu beauftragen, sei es für die Gesamtumsetzung oder für Grundlagenarbeiten oder Recherchearbeiten. Im Rahmen der Umsetzungsplanung wird dieser Vorschlag geprüft.

Bern, 17. Mai 2017

Der Gemeinderat